LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/4758**

22.06.2023

Kleine Anfrage 2005

des Abgeordneten Alexander Baer SPD

Kein Arbeitgeberzuschuss für Landesbedienstete zum Deutschlandticket: Verschläft die Landesregierung eine Chance zur Verkehrswende und zum Abbau des Fachkräftemangels?

Das Deutschlandticket bietet eine sehr gute Grundlage für einen bezahlbaren ÖPNV. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird es nochmals deutlich attraktiver, wenn sie von einem Arbeitgeberzuschuss profitieren können. Denn wenn der Arbeitgeber einen Zuschuss von mindestens 25% leistet, wird das Deutschlandticket noch einmal um 5% günstiger.

Einige Bundesländer sind sich ihrer Vorbildfunktion bewusst und gewähren ihren Beschäftigten bereits Zuschüsse. In Schleswig-Holstein, in Baden-Württemberg und auch in vielen Kommunen gibt es bereits Arbeitgeberzuschüsse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Auch in NRW gab es Bestrebungen von einigen Betrieben, Zuschüsse für Landesbeschäftigte zu gewähren. Sowohl IT.NRW als auch einige Universitäten wollten ihren Beschäftigten die Teilnahme an einem vergünstigten Deutschlandticket ermöglichen. Insbesondere mit Hinblick auf die angestrebte Verkehrswende, aber auch zur Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes, wäre dies eine hervorragende Chance gewesen.

Der Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen e.V. hat seine Mitglieder in einem Rundschreiben darüber informiert, dass der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) derzeit keine Grundlage für die Umsetzung eines solchen Zuschussmodells vorsehe.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Teile der Landesverwaltung hatten bereits eine Bezuschussung des Deutschlandtickets angestrebt?

2. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung des Arbeitgeberverbandes des Landes NRW?

3. Welche Gründe sind der Landesregierung dafür bekannt, dass andere Bundesländer eine Bezuschussung trotzdem gewähren?

4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, z.B. bei den anstehenden Tarifverhandlungen, dass eine Möglichkeit zur Bezuschussung geschaffen wird?

Datum des Originals: 22.06.2023/Ausgegeben: 22.06.2023

5. Gibt es Überlegungen in der Landesregierung, sich für eine rechtssichere Bezuschussung an den o.g. Bundesländern ein Beispiel an deren Umsetzungspraxis zu nehmen?

Alexander Baer